

Professionelle Parlamentarier

Welches Selbstverständnis haben die Landtagsabgeordneten aus der Region bei ihrem Mandat? Seit der Landtag seine Professionalisierung beschlossen hat, wird zumindest die Zeit knapper, um den angestammten Beruf und die politische Tätigkeit unter einen Hut zu bringen.

Doch ist das überhaupt wünschenswert? Als sich das Parlament vor einigen Jahren erstmals mit dem Thema befasste, gingen die Ansichten auseinander. Auch die Vermittlung gegenüber der Öffentlichkeit schien problematisch, wurden doch die Bezüge deutlich erhöht. Die BNN beleuchten auf dieser Sonderseite die konkreten Auswirkungen der Parlamentsreform auf die Berufstätigkeit der Landtagsmitglieder im Verbreitungsgebiet. WV

Ab 2016 ist für Landesdiener Schluss

Mit Weiterentwicklung des Landtags zum Vollzeitparlament stellt sich die Frage nach dem Beruf

Von unserem Redaktionsmitglied Wolfgang Voigt

Die Entscheidung fiel am 30. April 2008: Mit großer Mehrheit beschloss damals der Landtag eine Änderung des Abgeordnetengesetzes und der Landesverfassung. Ihr Kern: Die Abgeordneten sollten statt wie bislang Halbprofis fortan Vollprofis sein. Als letztes Flächenland vollzog Baden-Württemberg diesen Schritt. Zuletzt ging Bayern diesen Weg. Das war allerdings bereits 1978.

Die Parlamentarier im Südwesten kommen jetzt für ihre Altersvorsorge privat auf, die Diäten wurden erhöht. Diese sogenannte Grundentschädigung – tatsächlich kommt noch einiges obendrauf – liegt nach der jüngsten „Anpassung“ vor wenigen Tagen bei knapp

7 200 Euro. Vor der Reform waren es gut 5 000 Euro.

Nach Ansicht vieler Beobachter und vieler Parlamentarier ist das Landtagsmandat, verantwortlich wahrgenom-

berufsgruppen, etwa in der Privatwirtschaft, sind formal sehr wohl noch mit dem Landtagsmandat vereinbar – auch wenn die Bezeichnung Vollzeitparlament eigentlich einen Vollzeit-Job nahelegt.

Es gilt die Freiheit des Mandats

„In beschränktem Umfang sind andere berufliche Tätigkeiten denkbar und möglich“, sagt dazu die Landtagsverwaltung. Es gelte die „Freiheit des Mandats.“ Mithin ist weitgehend in das Gutdünken des Abgeordneten gestellt, inwieweit er oder sie weiterhin dem angestammten Beruf nachgeht.

Gegenwärtig kommen laut Statistik des Landtags 18 der 60 CDU-Abgeordneten aus dem öffentlichen Dienst; be-

zogen auf die Gesamtzahl von 138 Landtagsmitgliedern entspricht das einer Quote von knapp 13 Prozent. Bei der SPD sind es zehn der insgesamt 35 Abgeordneten, was 7,2 Prozent aller Landtagsabgeordneten entspricht. In den Reihen der Grünen kommen acht der 36 Fraktionsmitglieder aus dem öffentlichen Dienst, das ist eine Quote von 5,8 Prozent aller Mitglieder des baden-württembergischen Landtags.

Die Weiterentwicklung des Landtags hin zum Profiparlament in Vollzeit wird vielfach auch skeptisch betrachtet, verheißt sie doch eine neue, nicht unproblematische Form von Politiker-Karriere: Junge Menschen könnten den Vollzeitabgeordneten als Berufsziel anpeilen, ohne je eine andere Berufstätigkeit ausgeübt zu haben.

Hans-Ulrich Rülke (FDP): Der Fraktionsvorsitzende, der den Enzkreis im Landesparlament vertritt, war einst Lehrer am Pforzheimer Hilda-Gymnasium, danach wechselte er ans Oberschulamt. Seit 2006 im Landtag, avancierte der promovierte Historiker und Wirtschaftsfachmann drei Jahre später zum Fraktionschef – was ein Vollzeitjob ist. Mithin ruht für den dreifachen Familienvater der Schuldienst.



Beate Böhlen (Grüne): Die studierte Sozialarbeiterin, Erzieherin und zweifache Mutter war vor ihrer Zeit als Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Baden-Baden als Kauffrau tätig. Außer dem Mandat, das sie seit der jüngsten Wahl vor zweieinhalb Jahren innehat, geht sie derzeit keiner anderen beruflichen Tätigkeit nach, erklärt sie. Beate Böhlen ist Vorsitzende des Petitionsausschusses.



Anneke Graner (SPD): Die Juristin, die den Wahlkreis Etlingen in Stuttgart vertritt, ist erst seit dem 16. März dieses Jahres im Landtag. Sie folgte Frank Mentrup nach, den die Karlsruher zu ihrem Oberbürgermeister gemacht hatten. „Ich bin neben meinem Mandat nicht mehr in meinem ursprünglichen Beruf tätig“, sagt sie. Für die Dauer des Mandats hat sie ihr Arbeitgeber, ein großer Versicherungskonzern, freigestellt.



Manfred Groh (CDU): Von 2000 bis 2006 amtierte er als Dezernent für Finanzen und Wirtschaft im Karlsruher Rathaus, dann kam er in den Landtag, wo er sich nach eigenem Bekunden mit „voller Kraft“ auf das Mandat konzentriert. Er ist Mitglied im Verkehrs- und Petitionsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Umwelt- und im EnBW-Untersuchungsausschuss.



Walter Heiler (SPD): Bereits von 1992 bis 2001 saß Walter Heiler für den Bruchsaler Wahlkreis im Landtag, 1999 wählten die Bürger von Waghäusel den Juristen zum Bürgermeister, 2007 erneut. Ein Jahr zuvor, 2006, war er abermals in den Landtag eingezogen. Diese Konstellation ist ab 2016 ausgeschlossen. Der 59-jährige frühere Rechtsanwalt ist Vorsitzender des Innenausschusses.



Karl-Wolfgang Jägel (CDU): Der Bauingenieur führt neben seiner seit Oktober 2004 währenden Tätigkeit als Rastatter Abgeordneter auch das eigene Bauunternehmen. Dabei schätzt er den „Kontakt zu den Menschen außerhalb der Politik“. Jägel verteidigt seine fordernde Doppelfunktion und sieht darin kein Problem. Im Gegenteil: Er habe dadurch einen ungestellten Blick auf die Lebenswirklichkeit.



Joachim Kößler (CDU): „Ich bin ausschließlich für die Politik da“, erklärt der 62-Jährige, der den Wahlkreis Bretten vertritt. Der Betriebs- und Volkswirt wirkte Ende 2012 als Bundesbankdirektor und Leiter der Karlsruher Bundesbank-Filiale. Er habe nun aber keineswegs mehr Zeit. In der Opposition sei die Vorbereitung von Themen und Sitzungen nämlich besonders aufwendig und zeitintensiv.



Ernst Kopp (SPD): Er ist einer der amtierenden Bürgermeister im Landtag. Über das Zweitmandat kam er bei der Landtagswahl 2011 ins Parlament. Kopp steht seit 1992 an der Spitze der mittelbadischen Gemeinde Bietigheim und vertritt den Landkreis Rastatt. Bis 1991 war er als Sozialversicherungs-Fachangestellter bei der LVA tätig. Dank der langen kommunalpolitischen Arbeit seien beide Funktionen gut vertretbar.



Marianne Engeser (CDU): „Ich bin zwar noch ehrenamtlich engagiert, aber nicht mehr in meinem ursprünglichen Beruf tätig“, sagt die promovierte Pharmazeutin. Sie übernahm als Zweitkandidatin im September 2011 das Mandat von Stefan Mappus für den Wahlkreis Pforzheim, nachdem der vormalige Ministerpräsident aus dem Landtag ausgeschieden war. Zuvor hatte sie in der Arztpraxis ihres Mannes mitgearbeitet.



Politik-Profi oder Doppelbelastung?

Werner Raab (CDU): Als der Bankkaufmann und Diplom-Verwaltungswirt 2006 für den Wahlkreis Etlingen in den Landtag kam, war seine Zeit als Bürgermeister bereits vorüber. Von 1997 bis 2005 war er im Rathaus tätig. Als Mitglied im Sozial- und im Umweltausschuss sowie als Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Demografischer Wandel“ und Mitglied mehrerer Arbeitskreise hat er gut zu tun.



Heribert Rech (CDU): Der von 2004 bis 2011 als Innenminister tätig gewesene Jurist sitzt seit April 1992 für den Wahlkreis Bruchsal im Landtag. Zwar hatte Rech in Erwägung gezogen, nach seiner Zeit als Kabinettsmitglied seine Rechtsanwaltskanzlei wieder aufleben zu lassen. Neben seiner Tätigkeit als Landtagsabgeordneter geht der 63-Jährige unterdessen aber keiner anderen Erwerbsarbeit nach.



Viktoria Schmid (CDU): „Wir sind auf Zeit gewählt“, betont die Enzkreis-Abgeordnete, die seit zweieinhalb Jahren im Landtag sitzt. Seither ruht ihre frühere Tätigkeit als freie Sportjournalistin. Wie es nach ihrer Zeit als Abgeordnete weitergehe, sei offen, sagt die dreifache Mutter, die ursprünglich den Beruf der Reiseverkehrskauffrau gelernt sowie Politik und Verwaltungswissenschaften studiert hatte.



Katrin Schütz (CDU): Zu Beginn ihrer Parlamentstätigkeit 2006 war sie Geschäftsführerin, mittlerweile ist sie ausschließlich Politikerin. „Anders geht es auch nicht“, sagt sie. Als Vorsitzende des Integrationsausschusses, Mitglied im Finanz- und Wirtschaftsausschuss, im EnBW-Untersuchungsausschuss und diversen Parteiämtern bleibt kaum noch Zeit.



Johannes Stober (SPD): „Wenn man sein Mandat ernst nimmt, bleibt kaum noch Zeit.“ Der studierte Informatiker aus Karlsruhe hat zwar noch seinen Arbeitsvertrag bei dem Unternehmen pty, tätig ist er dort jedoch schon seit 2008 nicht mehr. Er spricht von einer „pragmatischen Entscheidung“. Er versteht aber, dass manche sich nicht von der Politik abhängig machen wollen.



Alexander Salomon (Grüne): Der Karlsruher ist mit 26 Jahren der derzeit jüngste Landtagsabgeordnete. „Ich bin Parlamentarier, sonst nichts“, unterstreicht er. Wenn man es ernst meine mit der Politik, könne man auch nichts anderes machen. Gleichwohl dürften Politiker nicht an ihren Stühlen kleben. Eine Begrenzung auf maximal drei Legislaturperioden sei unter Umständen sinnvoll.



Gisela Splett (Grüne): Seit 2006 ist die Staatssekretärin im Verkehrsministerium, promovierte Geoökologin und zweifache Mutter aus Karlsruhe-Ost nach einem Jahr in Elternzeit von ihrer Tätigkeit beim Karlsruher Regierungspräsidium beurlaubt. „Angesichts der Fülle der Aufgaben ist es auch gar nicht anders zu machen“, glaubt das Kabinettsmitglied.

Willi Stächele (CDU): Der frühere Finanzminister und Landtagspräsident vertritt den Wahlkreis Kehl. Seit seinem Rücktritt an der Spitze des Parlaments ist er einfacher Abgeordneter und Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst, außerdem sitzt er dem Oberrheinrat vor. Stächele ist Jurist. Als solcher nimmt er beratende Tätigkeiten wahr. Daneben ist er Mitglied im Beirat der Landeskreditbank und dem der mittelständischen Rampf Holding.



Tobias Wald (CDU): Der Abgeordnete des Wahlkreises Baden-Baden/Bühl ist von Haus aus Bankmanager und in geringerem Umfang neben seinem Mandat auch noch tätig. Personalverantwortung habe er zwischenzeitlich zwar keine mehr, sagt Wald. Jedoch sei ihm sein fachlicher Hintergrund bei der Ausübung des Landtagsmandats, das er seit März 2011 innehat, immer wieder äußerst hilfreich.

